

Sehr geehrter Herr Obermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterinnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderatskolleginnen und Gemeinderatskollegen und nicht zuletzt sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir stehen heute vor der gleichen Situation wie vor einem Jahr, nur in einer chaotischeren Situation.

Vor einem Jahr bestand die Hoffnung, dass uns bald ein Impfstoff zur Verfügung steht. Dieser Impfstoff sollte uns einen Übergang wieder zu einem gewohnten Leben mit ungetrübten Treffen mit Freunden und Besuch von Veranstaltungen ohne viel Wenn und Aber ermöglichen. Doch es kam anders.

So hält der Corona-Virus das gesellschaftliche Leben weiter im Griff und bestimmt unseren Alltag. Aktuell bekommen dies die Standbetreiber auf dem Nicht-Weihnachtsmarkt zu spüren. Auch die soziale Spaltung geht weiter.

Wie konnte es zu so einer anhaltenden Krise kommen: Weil die scheinbare individuelle Freiheit einzelner sehr hoch gehalten wird und weil die Mittel für notwendige Daseinsvorsorge reduziert wurden, kommen wir beim Gesundheitswesen an unsere Grenzen.

Dieser Konflikt zwischen der individuellen Freiheit zu Lasten der Allgemeinheit zieht sich aber auch durch andere Bereiche. So gewährt der Reichtum Einzelnen deren Freiheiten, aber die Gemeinschaft kann notwendige Projekte für die Zukunft nicht umsetzen. Der Schutz von großen finanziellen Reichtum und Einkommen vor dem Bedürfnissen der Gesellschaft wurde bereits in dem Sondierungspapier für die Koalitionsverhandlungen für die neue Bundesregierung festgezurrt. Die Kommunen werden so weiterhin das Nachsehen haben und haben keine Chancen auf mehr Gelder von Land und Bund für die dringend notwendigen Zukunftsaufgaben der Kommunen.

### **Eine notwendige Zukunftsaufgabe ist die Bildung:**

Die Stadt ist für die Bereitstellung von Kita-Plätzen zuständig. Die Nachfrage nach Kita-Plätzen übersteigt weiterhin die Nachfrage. Außerdem brechen bestehende Angebote wegen Krankheit oder Weggang von MitarbeiterInnen weg. Dies bedeutet für die betroffenen Familien häufig, dass der tägliche

Ablauf total umgekrempelt werden muss. Auch können die Arbeitszeiten häufig nicht kurzfristig angepasst werden. Betroffen sind davon häufig gerade die Frauen.

Zur Abmilderung der Folgen dieses Mangels beantragen wir, dass die Stadt ein Auffangnetz für die so in Not geratenen Familien aufbaut. Dies kann in Beratungsleistungen bestehen wie auch in der Übernahme von Kosten für zusätzliche Betreuungskosten.

Die geplante Digitalisierung der Kitas wird hier nur sehr bedingt helfen können und den Mangel nun digital verwalten. Der Mangel wird aber so hoffentlich der Verwaltung schneller auffallen und es können Gegenmaßnahmen schneller eingeleitet werden. Eine schnellere Vermittlung der Kita-Plätzen bei den Anmeldungen sollte so möglich werden. Wichtig dabei ist, dass auch an die Eltern gedacht wird, die keine digitalen Zugänge zur Stadtverwaltung haben. Diese dürfen dabei nicht zu kurz kommen.

### **Eine weitere Zukunftsaufgabe ist der Klimaschutz**

Die Stadt will Klima-neutral werden. Dies ist ein sehr ehrgeiziges Ziel und es sind einzelne Bausteine benannt worden, um das Ziel zu erreichen. Es fehlt aber ein Fahrplan und eine Gesamtschau, der erkennen lässt, wann welche Maßnahme wann ergriffen wird, um dieses Ziel wirklich zu erreichen.

Mit diesen Plan würde auch erkennbar, wer von diesen Maßnahmen für den Klimaschutz auch finanziell betroffen ist. Die bisherige Bundesregierung hat keinen Plan vorgelegt, wie sie die finanziellen schlechter Gestellten die Aufwendungen für den Klimaschutz abnehmen will. Mit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung wären Gelder da, um ein Ausgleich zu schaffen.

### **Dies heißt Klimaschutz ja! Aber bitte sozial gerecht!**

Es zeichnet sich ab, dass der Klimaschutz im Bund über Schattenhaushalte und renditeträchtige Fonds finanziert werden soll, für die Bundesregierung gerade stehen soll. Es kann nicht sein, dass der Klimaschutz als Geschäftsmodell betrieben wird und von denen bezahlt wird, die finanziell schlecht dastehen. Dies heißt verkürzt wieder einmal: Gewinne privatisiert, Verluste sozialisieren.

In diesem Winter klettern die Energiepreise auf Rekordwerte, die viele Menschen in Existenznot bringen. Wir setzen uns dafür ein, dass es zu keinen Strom- und Gassperren kommt und dass Armut durch hohe Energiekosten verhindert wird. Eine entsprechende Anfrage an die Stadtverwaltung zu den bisherigen Zahlen ist unterwegs.

### **Zukunftsaufgabe „Sozialer Zusammenhalt“**

Herr Oberbürgermeister Knecht, Sie betonen immer wieder den sozialen Zusammenhalt. Dieser soziale Zusammenhalt ist getragen durch viele Vereine und Organisationen. Eine noch bessere kommunale Verankerung solcher Aktivitäten ist aber notwendig. Wir müssen als Kommune vor Ort handeln mit Anlaufstellen gegen Rassismus, Projekten im Bereich der Prävention und mehr. Im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen der letzten Monate wurden auch in diesem wichtigen Bereich Einsparungen vorgenommen, sind Projekte ausgelaufen und Stellenteile wurden reduziert. Wir halten dies für einen Fehler, gerade vor dem Hintergrund, dass wahrscheinlich wieder mehr Geflüchtete nach Ludwigsburg kommen werden

Wir beantragen deshalb die eingesparten Stellen wieder zu reaktivieren und in Koordinierungsstelle, die am nächsten Di. ausläuft, im nächsten Jahr fortzuführen.

### **Zukunftsaufgabe „Verkehr“**

Wie Herr Rother von der „GEFAK“ bei der Präsentation der Ludwigsburger Unternehmensbefragung aufzeigte, haben wir in Ludwigsburg ein Wachstumsproblem: Es fehlt uns an Fläche, unter anderem für Verkehr. Dies bedeutet, wenn wir mehr Mobilität wollen, müssen wir die vorhandene Fläche anders verteilen.

Ein Beispiel ist, dass die Menschen sich zuerst zu Fuß mobil ist. Dies kann von Kindesbeinen an gelernt werden, z.B. auf den Weg in die Schule. Wir, die Linke, beantragen dafür, dass die Stadt die Initiative „Bus auf Beinen“ unterstützt und an den Schulen, besonders an den Grundschulen, für dieses Programm wirbt und Maßnahmen ergreift, dieses Angebot zu verstetigen und so zu einem verlässliches Angebot macht.

Ein weiteres Beispiel ist die Bereitstellung von Verkehrsflächen für den Radverkehr. Er beansprucht deutlich weniger Platz pro Verkehrsteilnehmer und ist auch deutlich Umwelt-freundlicher beim Ressourcen-Verbrauch. Im Haushaltsplan wurden die ursprünglichen Planungsansätze für die nächsten Jahre halbiert und es besteht nun die Gefahr, dass der Schwung zum Fahrrad stark ausgebremst wird.

Der Radweg, der hier vorm Forum vorbei führt, ist in östlicher Richtung in einem sehr desolaten Zustand, so dass viele Radfahrer lieber auf dem alten Radweg gegen die Fahrtrichtung benützen. Die geplante Verschiebung auf das Jahr 2025 ist deshalb nicht vertretbar.

Apropos „Nachhaltige Mobilität“:

Dazu zählt nach unserer Ansicht auch die Stadtbahn und dies möglichst bald. Allerdings zählt die nun ins Spiel gebrachte Hochflur-Bahn unserer Meinung nach nicht dazu, weil diese Variante eine Reduzierung der Stadtbahn auf die Strecken nach Markgrönningen und Aldingen bedeutet. Auf diese Kleinausgabe von Stadtbahn sollte nicht Zeit und Geld verschwendet werden. Wir erwarten eine seriöse Begutachtung auf der Basis der bisherigen geplanten Trassenführung mit belastbaren Zahlen, um so eine fundierte Entscheidung über das weitere Vorgehen zu treffen.

### **Zukunftsaufgabe Digitalisierung:**

Den neu eingerichteten Fachbereich 15 „Digitalisierung“ halten wir, Die Linke, für sinnvoll, wenn der Prozess der Digitalisierung in der richtigen Richtung vorangetrieben wird.

Dies bedeutet:

1. Es wird eine einheitliche Infrastruktur geschaffen, in der die zu behandelnden Unterlagen und Akten von Fachbereich zu Fachbereich einfach digital aufbereitet und durchgereicht werden.
2. Die Erstellung von neuen digitalisierten Schnittstellen zu den „Bürgern“ um neue Dienst einzurichten, ist auch sehr nützlich und in vielen Bereichen machbar. Es wird möglich sein, dass z.B. ein Bauantrag zwingend in digitaler Form einzureichen ist.

Aber für die Belange des „einfachen Mannes“ bzw. „einfachen Frau“ wie die Anmeldung zum Kindergarten ist weiterhin eine analoge Schnittstelle mit eventuell auch persönlicher Ansprache notwendig.

3. Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist die Ausfallsicherheit der IT-Landschaft. Hier sind wahrscheinlich größere Investitionen notwendig als in der Wirtschaft üblich, um sich gegen Schadensgroßereignisse möglichst vollständig abzusichern. Die Verwaltung muss schnell nach Schäden wieder arbeiten können, um koordinierend tätig zu sein und auch weiterhin für den Bürger da zu sein. Eine funktionierende IT der Stadtverwaltung wird zum Teil der Daseinsvorsorge.

Diese Überlegungen zeigen, dass es „Erst nachdenken, dann digitalisieren“ heißen muss, um nicht Geld zum Fenster rauszuwerfen.

Wir, die Linken würden die Mehrausgaben unserer Anträge, die wahrlich gering sind im Vergleich zu dem vorgesehenen Gesamtvolumen, durch eine höhere Kreditaufnahme finanzieren, weil sie Investitionen in die Zukunft sind. Da hilft uns das vermeintliche Stoppschild „Generationen-gerechter Haushalt“ nicht weiter.

Was bedeutet denn ein **Generationen-gerechter Haushalt**?

Es wird von vielen so definiert, dass die nächste Generation das Abtragen der Schulden noch stemmen kann aus den erwirtschafteten Erträgen der Investitionen, für die man sich verschuldet hat.

Dies ist eine rein fiskalische Betrachtungsweise. Es gibt aber auch eine „technische Schulden“. Sie besteht in den Versäumnissen von Sanierungs- und notwendigen Modernisierungsmaßnahmen. Die Kosten hat man scheinbar gespart, aber ein paar Jahre später fallen die Kosten dennoch an und dann meistens in einer vielfachen Höhe. Diese verdeckten Schulden belasten unsere Kinder und Enkel noch stärker. Hier wäre als Beispiel das Bildungszentrum West zu nennen, in dem Jahre lang nichts gemacht wurde, bis ein kompletter Neubau fällig wurde.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass Vertreter des Jugendgemeinderats zum Thema Schulden sich wie folgt äußerten: „Schulden sind eine bekannte

Größe und da wisse man, wie man damit umgehen kann, der Klimawandel ist dagegen ein unkalkulierbares Risiko.“

Zum Schluss möchte ich den Beschäftigten der Stadt danken für Ihre Arbeit in diesem schwierigen Jahr und hoffe, dass wir mit dem Haushalt eine Grundlage schaffen, damit sie weiterhin eine gute Arbeit leisten können. Wir werden uns auch dafür einsetzen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit